

Kuba und die USA: Annäherung ohne Gegenliebe?

Eine lateinamerikanische Gipfel-Serie mit Kuba als zentralem Protagonisten, ein Amerika-Gipfel mit der Insel als abwesendem Hauptakteur, jetzt die Vollversammlung der OEA in San Pedro Sula (Honduras): und wieder dominierte Kuba die Tagesordnung. Einmal mehr geht in Lateinamerika die Symbolik vor Substanz. Immerhin: die USA lassen unter Präsident Obama ihren Annäherungsankündigungen an die südlichen Nachbarn Taten folgen und bringen die Skeptiker in Verlegenheit.

Auf ihrem Gipfel in San Pedro Sula (Honduras) hat die Organisation amerikanischer Staaten (OAS) jetzt den Weg für eine erneute Vollmitgliedschaft Kubas freigemacht. Die Insel war im Jahre 1962 „wegen Unvereinbarkeit marxistisch-leninistischer Politik mit den Prinzipien der Organisation“ per Resolution suspendiert worden. Diese wurde jetzt aufgehoben. Die damalige Entscheidung – ein Kind des Kalten Krieges – war nicht zuletzt deshalb wenig glaubwürdig, wirkten an ihr doch bekannte Diktatorenfamilien wie die der Strössners aus Paraguay oder der Somozas in Nicaragua mit. Auch wurden andere und spätere Diktaturen nie entsprechend sanktioniert.

Zeichen stehen auf Annäherung

In jüngster Zeit hatten vor allem die ALBA-Staaten Venezuela, Nicaragua, Bolivien und Ecuador auf einer Änderung der Position gedrungen, gestützt allerdings auch von Brasilien und anderen großen Ländern Lateinamerikas. In lateinamerikanische Gremien – Beispielsweise der Rio-Gruppe oder der neuen UNASUR – war Kuba bereits zurückgekehrt. Offen hatten lateinamerikanische Staaten den USA mit einem Ende der

OAS bzw. ihrem Austritt gedroht, sollte sich die Position zu Kuba nicht ändern.

Ganz ohne Konditionen allerdings, wie es jetzt u.a. vom gastgebenden honduranischen Präsidenten Zelaya mit vor Stolz geschwellter Brust dargestellt wird, war der einstimmige Beschluss der OAS-Vollversammlung nicht. „Die Beteiligung Kubas in der OAS“, so heißt es nämlich in der entsprechenden Resolution, „wird das Resultat eines Dialogprozesses sein, der auf der Basis eines entsprechenden Antrags der kubanischen Regierung beginnt und im Einklang mit den Praktiken, Zielen und Prinzipien der OAS steht.“ Zu diesen Prinzipien gehört bekanntermaßen seit 2001 auch die Demokratie-Charta der Organisation, die nach dem Ende der lateinamerikanischen Militärdiktaturen verabschiedet wurde. Und da springt Kuba nach wie vor eindeutig zu kurz.

Nur so war die Zustimmung der USA zu erreichen gewesen, die von Teilen des kubanischen Exils scharf kritisiert wird. Hier droht man mit Versuchen, der OAS die US-amerikanischen Haushaltszuschüsse zu entziehen, die 60 Prozent des Gesamtetats ausmachen. Andere Stimmen aus den USA aber begrüßen die Annäherung, die sich schon auf dem gesamtamerikanischen Gipfeltreffen in Trinidad/Tobago vor wenigen Wochen vorbereitete. Präsident Obamas Lateinamerika-Berater Daniel Restrepo gilt sogar als offener Befürworter einer vollständigen Normalisierung der Beziehungen zu Kuba. Die aktuellen Restriktionen seien „absurd“ und behinderten die USA in ihrer Handlungsfähigkeit. Schon zuvor hatten wichtige US-Politiker das Scheitern der bisherigen Kuba-Politik eingeräumt.

Allerdings betrachtet man in den USA bisher die Reaktionen Kubas auf die eigene Annäherungspolitik als völlig unzureichend und konditionierte entsprechend – wenn auch verklausuliert – die Möglichkeit der Rückkehr Kubas in die OAS. Außenministerin Hillary Clinton hatte noch vor dem Gipfel erklärt: „Ich sehe nicht, wie Kuba Mitglied der OEA sein kann, ohne deren Demokratie-Charta zu beachten. Und ich werde ganz sicher keine entsprechende Initiative unterstützen.“ Und nichts anderes steckt jetzt auch hinter dem Begriff des „Einklangs mit den Praktiken, Zielen und Prinzipien der OAS.“

Kuba feiert „diplomatischen Sieg“

Auf Kuba selbst feiert man zwar den „diplomatischen Sieg“ – Parlamentspräsident Ricardo Alarcón sprach von einem „großen Sieg“ - und würdigt die „beachtliche Kraft eines neu geborenen Lateinamerikas“, gleichzeitig aber betont man die Ablehnung der OAS als solcher: „Kuba will nicht in die OAS zurückkehren und hat nicht darum gebeten“, heißt es eindeutig in einer offiziellen Erklärung. Ins gleiche Horn tutet einmal mehr Venezuelas Staatschef Hugo Chavez, der die Erklärung von San Pedro Sula nur als Anfang gewertet wissen will: nun müsse die OAS auch mit ihrer Vergangenheit brechen und etwa den Putsch gegen Chiles Präsident Allende 1973 oder den Putschversuch gegen ihn selbst klar verurteilen.

Wundern muss man sich einmal mehr über das fehlende Selbstbewusstsein lateinamerikanischer Demokraten gegenüber dem letzten verbliebenen totalitären Systems der Subregion und seiner gerontokratischen Führung, die eine Entsprechung sonst fast nur noch in Nord-Korea findet. So sprach der honduranische Präsident Manuel Zelaya als Gastgeber davon, ein ganzes Volk sei dafür bestraft worden, „dass es sozialistische Ideen und Prinzipien proklamierte“ und vergaß dabei geflissentlich, dass damit auch eine jahrzehntelange flagrante Verletzung der Menschenrechte einherging, die zudem unvermindert andauert. Gerade erst forderte *Amnesty International* die kubanische Regierung auf, endlich die 57 Häftlinge freizugeben, die im Rahmen der staatlichen

Repression gegen den sogenannten kubanischen Frühling 2003 eingesperrt wurden. Bei einigen von ihnen, so die Menschenrechtsorganisation, sei der Gesundheitszustand kritisch.

Fortsetzung des Amerika-Gipfels

Die jetzige OAS-Entscheidung reiht sich eine in eine ganze Kette von Signalen, die von lateinamerikanischen Gipfeltreffen in Brasilien – von UNASUR bis zur Rio-Gruppe – reichten und dann beim Amerika-Gipfel in Trinidad und Tobago in Anwesenheit von US-Präsident Barack Obama höchste Weihen erhielten. Obwohl Kuba dort das einzige der 35 Länder der Hemisphäre blieb, das von diesem Gipfel ausgeschlossen war, dominierte die Kuba-Frage und eine mögliche Rückkehr in den Kreis der *Organisation Amerikanischer Staaten* (OAS) nicht zuletzt die öffentliche Wahrnehmung schon dieser Konferenz.

Zahlreiche Bemühungen innerhalb Lateinamerikas – orchestriert nicht zuletzt von Brasiliens Staatschef Lula da Silva, deuteten im Vorfeld darauf hin, dass man eigene Organisationsformen anstrebt - ohne die USA, aber mit Kuba. Die Erweiterung der *Rio-Gruppe*, aber auch die Gründung der südamerikanischen Staatenunion UNASUR gehen in diese Richtung und untermauern einen Führungsanspruch Brasiliens. Das konnte den USA nicht gleichgültig sein, auch wenn sie Brasilien zunehmend als regionale Führungsmacht anerkennen und gerade den bilateralen Beziehungen eine höhere Priorität als früher einräumen.

Andererseits ist der Protest der Lateinamerikaner gegen das 47 Jahre alte Embargo der USA gegen die Insel – manche sprechen irrigerweise immer wieder von „Boycott“ – ein einigendes Band jenseits der zahlreichen direkten Konflikten, die zwischen lateinamerikanischen Staaten bestehen. Da fällt es dann auch kaum ins Gewicht, dass zwar lautstark und immer wieder eine Änderung der Politik der USA verlangt wird, gleichzeitig aber kaum je die desolate Menschenrechtslage auf Kuba oder das Schicksal der politischen Gefangenen dort zum Thema gemacht wird. Dass Barack Obama in sei-

9. Juni 2009

www.kasmex.org.mx

www.kas.de

nem Eingangsstatement gleich versöhnliche Worte Richtung Kuba fand und vom „Wunsch nach einem Neuanfang“ in den bilateralen Beziehungen sprach, kam in jedem Falle gut an.

Besuchsmarathon

Ein beispielloser Besuchsmarathon auf der Insel war den verschiedenen Gipfeln vorausgegangen. Nach einem Defilee latein-amerikanischer Präsidenten kehrte etwa Frankreich prominent auf die Insel zurück-gekehrt: Anfang März besuchte der frühere französische Kulturminister Jacques Lang im Auftrag von Präsident Sarkozy Kuba und führte Gespräche u. a. mit Raúl Castro. Frankreich ist nach Spanien, Kanada und Italien der viertgrößte Investor auf Kuba.

Kurz zuvor hatte Irlands Außenministerin Micheál Martin Kuba besucht – ohne allerdings bedeutende politische Termine zu bekommen. Ihr folgte EU-Entwicklungskommissar Louis Michel, der mit dem neuen kubanischen Außenminister Bruno Rodríguez zusammentraf und finanzielle Hilfe im Gepäck hatte: 7,5 Millionen Euro Wiederaufbauhilfe stellt die EU Kuba zur Verfügung, um die folgenden der durch drei Wirbelstürme stark beschädigten Infrastruktur vor allem auf dem Lande wiederherzustellen.

Zuvor waren schon Christina Fernandez de Kirchner aus Argentinien und Michelle Bachelet aus Chile da, beide zudem „prämiert“ mit einem persönlichen Gespräch bei Fidel Castro. Letzterer allerdings sabotierte die Annäherung seines Bruders an Regierungen mit anderen ideologischen Grundüberzeugungen gerade im Falle Chile mit einer Erklärung, die dort heftige Verstimmung auslöste: Fidel erneuerte nämlich die Ansprüche Boliviens auf einen Zugang zum Pazifik und verurteilte Chiles Politik in dieser Hinsicht.

Signale aus den USA

Mittlerweile haben sich die USA und Kuba auch darauf verständigt, ihre 2004 unterbrochenen Verhandlungen zu Migrationsfragen wieder aufzunehmen. Auch sollen, so

ein Regierungssprecher in Washington, Gespräche über eine Verbesserung des Postverkehrs zwischen beiden Ländern beginnen.

Signale aus den USA hatte es schon im Vorfeld des Gipfels gegeben: Aufsehen erregte so u.a. der amerikanische Senator Richard Lugar, als er die US-Politik gegenüber Kuba für gescheitert erklärte. Die US-Politik habe der kubanischen Regierung als Begründung für ihre Wirtschaftsprobleme gedient und die USA zudem von Europa und Lateinamerika entfremdet. Daher befürworte er Änderungen, wenn auch nicht die Aufhebung des Embargos. Vor allem Exilkubanern soll es erleichtert werden, Geld an Verwandte zu überweisen bzw. Kuba regelmäßiger zu besuchen.

Der US-Senat beschloss hatte am 10. März mit 62 gegen 35 Stimmen Erleichterungen für die Reisen von in den USA lebenden Exilkubanern auf die Insel beschlossen. Statt alle drei Jahre können sie jetzt jährlich ihre Angehörigen besuchen, für unbegrenzte Zeit mit einem von 50 auf 179 Dollar erhöhten täglichen Ausgabenvolumen. Erleichtert wurden auch die Importe Kubas von Lebensmitteln und Medikamenten aus den USA: sie müssen künftig nicht mehr im Voraus bezahlt werden. Da das Repräsentantenhaus diese im einem sogenannten „Omnibus-Gesetz“ zum Haushalt enthaltenen Regelungen schon bestätigt hatte, brauchte Präsident Barack Obama nun lediglich noch zu unterschreiben – womit er auch ein Wahlversprechen einlöst. Die Parteizeitung der kubanischen Kommunisten, *Granma*, sprach bereits von einem „ersten Rückschlag für die anticastristische Mafia in Miami.“

Auch noch bestehende Reiseerschwernisse für alle Amerikaner sollen fallen – so sieht es jedenfalls ein gemeinsamer Gesetzentwurf von Republikanern und Demokraten vor, der zudem von mächtigen Wirtschaftsorganisationen unterstützt wird. Byron Dorgan, demokratischer Senator für Norddakota und einer der Autoren der Initiative, bezeichnete es als absurd, Amerikaner für Reisen nach Kuba zu bestrafen, wo gleiches eben nicht für Besuche in China oder Viet-

nam gelte. Diese Politik habe das Regime Fidel Castros bisher jedenfalls nicht geschwächt. „Der Moment ist gekommen, eine solche schädliche Politik zu beenden“, so Dorgan. Derzeit wird geschätzt, dass etwa 130.000 US-Amerikaner über Drittländer „illegal“ Kuba besuchen. Die Opposition gegen eine Lockerung ist allerdings nicht verstummt. Der kubanisch-stämmige republikanische Senator für New Jersey, Bob Menéndez etwa wandte sich gegen eine Öffnung, um die nach wie vor starre Haltung Kubas nicht zu prämiieren. Menéndez: „Die kubanische Regierung verkörpert schlicht und ergreifend eine brutale Diktatur.“

Auf der Basis von CEPAL-Schätzungen erhält Kuba durch sogenannte *remesas* von Landsleuten im Exil zwischen 900 Millionen und einer Milliarde Dollar, eine Summe, die sich angesichts der neuen US-Regeln deutlich erhöhen könnte. Experten, die von der spanischen Zeitung *El País* Mitte März zitiert werden, wird von einem Anstieg von bis zu 500 Millionen Dollar ausgegangen. Auch die Zahl der Touristen aus dem Kreis des US-Exils dürfte sich deutlich erhöhen. Bisher liegt ihr Anteil lediglich bei 150.000 von den 2,3 Millionen Touristen, die jährlich die Karibikinsel besuchen.

Wirtschaftslage weiter sehr kritisch

Sauerstoff von außen kann die Insel auch dringend gebrauchen, werden die Wirtschaftsmeldungen doch immer dramatischer. Nach 14 Jahren im Amt ist ihnen jetzt der Zentralbankpräsident Kubas, Francisco Soberón (65) zum Opfer gefallen, der zurücktrat. Gleichzeitig legte er die Mitgliedschaft im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und sein Abgeordnetenmandat sowie die Mitgliedschaft im Staatsrat nieder. Seine Nachfolge tritt Ernesto Medina an.

Kuba macht derzeit zudem eine enorme Liquiditätskrise durch, die etwa verhindert, dass internationale Firmen auf ihre Konten zugreifen können. Dabei geht es um hunderte von Einzelfällen und um hunderte von Millionen Dollar, die seit etwa sechs Monaten eingefroren sind. Verantwortlich ist nicht zuletzt der dramatische Einbruch bei den Exportpreisen des wichtigen Ausfuhrsguts

Nickel sowie beim Tourismus. Gleichzeitig sind die Kosten für die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Treibstoff gestiegen, was nach unbestätigten Angaben zufolge für 2008 ein Handelsbilanzdefizit von rund zehn Milliarden Dollar nach sich gezogen hat.

Parallel spricht die Regierung von „unvermeidbaren Anpassungen“, die vor allem auf starke Reduktionen bei den Importen hinauslaufen sollen. Die Bevölkerung insgesamt, aber auch die Unternehmen wurden zum eisernen Energiesparen aufgerufen, um weitere Abschaltungen zu vermeiden. In der vergangenen Woche war ein Plan in Kraft getreten, 12 Prozent der verbrauchten Energie einzusparen, ferner wurden die Rationierungen bei Bohnen und Salz verschärft, die zu subventionierten Preisen abgegeben werden. Statt 850 Gramm Bohnen erhalten die Kubaner monatlich über ihre Lebensmittelkarte jetzt nur noch 567 Gramm, die Salzration wurde von einem Kilo alle drei Monate halbiert.

Gegenüber dieser Lage klingen die Zahlen, die etwa Wirtschaftsminister Marino Murillo präsentiert, im internationalen Vergleich geradezu harmlos – so sie denn stimmen. Da wird nämlich die Wachstumsprognose für das laufende Jahr von sechs auf immer noch 2,5 Prozent zurückgenommen.

Kabinettsumbildung

Der Rücktritt Soberóns reiht sich ein in eine ganze Reihe spektakulärer Veränderungen auf der obersten Führungsebene Kubas. Mit der größten Kabinettsumbildung seit 1959 wartete Raúl Castro Anfang März auf: zwei der im Ausland bekanntesten Figuren des kubanischen Regimes verloren ihre Posten. Außenminister Felipe Pérez Roque wurde seinen bisherigen Stellvertreter, Bruno Rodríguez Parrilla ersetzt. Carlos Lage, seit 1990 Sekretär des Exekutivkomitees im Ministerrat musste dem Brigadegeneral José Amado Ricardo Guerra weichen. Ebenfalls ersetzt wurde der Vizepräsident des Ministerrates, Otto Rivero. Neuer Wirtschaftsminister wurde Marino Murillo, der José Luis Rodríguez ablöst. Weitere Wechsel gab es an den Spitzen der Ministerien für Außenhandel, Finanzen und Arbeit, insgesamt

wurden elf Ministerien neu besetzt oder zusammengelegt.

„Raúl demontiert das Team, das er von Fidel geerbt hat“, titelte in Mexiko die Zeitung *La Jornada* auf ihrer ersten Seite – seit 2006, als Fidels Krankheit offenkundig wurde, ist damit die Hälfte des damaligen Kabinetts ausgewechselt. Raúl Castros Erklärung für die Veränderungen klingt vergleichsweise lapidar. Jetzt sei, so der jüngere der Castro-Brüder, eine funktionalere und kompaktere Regierungsstruktur nötig, mit weniger administrativen Einheiten und einer besseren Aufgabenverteilung.

Der „Honig der Macht“

Fidel Castro meldete sich einen Tag später mit seinen „Reflektionen“ in *Cubadebate* im Internet zu Wort und unterstützte die Veränderungen. Mit klarem Bezug auf Lage und Perez Roque schrieb er, diesen sei offenbar „der Honig der Macht, den sie ohne persönliche Opfer kennengelernt hätten“, zu Kopf gestiegen. Dies habe Ambitionen ausgelöst, die zu „unwürdigem Verhalten“ geführt hätten. Perez Roque und Lage hatten dann im besten altstalinistischen Sinne nichts Eiligeres zu tun, als Selbstkritik zu üben und öffentlich ihre nicht näher bezeichneten „Fehler“ einzugestehen.

Mittlerweile kursieren Versionen, die Lage und Perez Roque mit dem Vertreter des Baskenlandes auf Kuba, dem Unternehmer Conrado Hernández, in Verbindung bringen. Dieser habe auf seinem Landsitz Gespräche mit den beiden gefilmt, bei denen sie sich kritisch über das Regime und vor allem die beiden Castros an der Spitze geäußert haben sollen. Hernández wird sowohl mit dem spanischen Geheimdienst CNI als auch mit kubanischen Sicherheitsbehörden in Verbindung gebracht. Am 14. Februar soll er festgenommen worden sein, als er zusammen mit seiner Frau eine Reise nach Bilbao antreten wollte. Die spanische Zeitung *El País* berichtet von Zeugen, die die Videos mittlerweile gesehen haben wollen.

Interessant sind allerdings die offenkundigen Querschüsse zur Politik seines Bruders, die Fidel Castro fast täglich via Internet-

Portal abgibt. Der jüngste: die Beschuldigung, die mexikanische Regierung habe den Ausbruch der Grippe-Epidemie verheimlicht, um den Besuch von Präsident Obama im Lande nicht zu gefährden. Beobachter fragen sich, ob und ggf. warum Fidel damit den geplanten Besuch von Mexikos Präsident Felipe Calderón torpedieren will. Gleiches gilt für seine Kommentare Richtung OAS und Obama: während sein Bruder in beiden Fällen eine Annäherung zu erkennen gibt, kommt von Fidel massives Störfeuer. Oder sollte es sich wieder einmal nur um eine besonders subtile Arbeitsteilung zwischen den Brüdern nach dem altbekannten Krimi-Motto „Guter Polizist – böser Polizist“ handeln? Auszuschließen ist im Falle Kubas selten etwas.